



Der Vorsitzende des
Beteiligungsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

Wiesbaden, 26.04.2017

1. Den Mitgliedern des Beteiligungsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Beteiligungsausschusses
am Dienstag, 2. Mai 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 318 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.03.2017
2. **17-F-21-0034**

Zusammenführung der Rhein-Main-Hallen GmbH, der Wiesbaden Marketing GmbH und der Kurhaus Wiesbaden GmbH
- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen

Die drei Gesellschaften des TriWiCon-Verbundes (Rhein-Main-Hallen GmbH, Wiesbaden Marketing GmbH und Kurhaus Wiesbaden GmbH) haben ihre Aktivitäten in den vergangenen Jahren sehr erfolgreich vernetzt, aufeinander abgestimmt und verbunden.

Analog zur erfolgreichen Zusammenführung der ESWE Verkehr, der WiBus und der ESWE Verkehr Service unter dem Dach der ESWE Verkehr liegt es daher nahe auch die drei operativ tätigen Untergesellschaften der TriWiCon zu einer GmbH zusammenzuführen.

Ein solcher Prozess würde zu einer Straffung der Strukturen, zur Steigerung von Transparenz und Steuerung, mithin also zur Verbesserung der Dienstleistungen durch klare Verantwortlichkeiten und klare Zuständigkeiten sowie zur Bündelung von Kompetenzen und zur Reduzierung der internen Verrechnung führen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Die TriWiCon, die Rhein-Main-Hallen GmbH, die Wiesbaden Marketing GmbH und die Kurhaus Wiesbaden GmbH sollen zusammen geführt werden.
2. Der Magistrat wird gebeten, der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechenden konkreten Beschlussvorschlag zu unterbreiten.

3. 17-F-05-0014

Transparenz bei der Vergabep Praxis städtischer Gesellschaften
- Antrag der FDP-Fraktion vom 25.04.2017 -

Im Hinblick auf die in der Presse thematisierte Schwarzarbeit auf Wiesbadens Baustellen, aber auch vor dem Hintergrund der im Kooperationsvertrag von SPD, CDU und Grünen angestrebten Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, bedarf es einer genaueren Betrachtung, wie die städtischen Gesellschaften bei der öffentlichen Leistungsausschreibungen von Gewerken vorgehen und nach welchen Kriterien und mit welcher Transparenz Firmen und Subunternehmen ausgewählt werden.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat möge berichten,

1. ob für alle städtischen Gesellschaften die gleichen Modalitäten und Verfahren gelten und falls nein, welche Unterschiede es gibt.
2. in wie weit die Bieterreignung hinsichtlich Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit und Gesetzesstreue Beachtung findet.
3. welche Rahmenbedingungen - wie beispielsweise Mindesttarifbezahlung oder technische Spezifikationen - dabei berücksichtigt werden.
4. welche Kontrollinstrumente und -institutionen zur Überwachung der Vergabep Praxis zur Verfügung stehen.

4. 17-F-08-0026

Datenschutz bei der Wohnungssuche
- Antrag der Fraktion L&P vom 25.04.2017 -

In einer Erklärung des Deutschen Mieterbunds wird der Datenschutz bei der Wohnungssuche als mangelhaft eingestuft. Insbesondere wird kritisiert, dass zu weit reichende, personenbezogene Daten - auch ohne konkretes Mietinteresse - erhoben werden. Die LHW hat die Vermietung weitestgehend ihren Beteiligungen übertragen, die sich wiederum gewerblicher Zwischenmieter bedienen können,

z.B. bei Studentenwohnplätzen. Mit einer einheitlichen, datenschutzkonformen Vorgehensweise wird die LHW ihrer Vorbildfunktion gerecht.

<http://www.mieterbund.de/startseite/news/article/39451-datenschutz-bei-wohnungssuche-mangelhaft.html?cHash=9caa60dd7035e7464e30da6dfd866894>

Der Beteiligungsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

1. zu berichten, welche Beteiligungen mit Vermietung befasst sind,
2. die aktuelle Praxis in den Beteiligungen darzustellen, wie bei Vermietungen mit personenbezogenen Daten umgegangen wird. Inwieweit werden Angaben verlangt wie
 - a. Selbstauskünfte ohne Mietinteresse an einem konkreten Angebot
 - b. Kontaktdaten aus vorangegangenen Mietverhältnissen
 - c. Familienstand, Geburtstag, Verwandtschaftsverhältnis der zum Haushalt gehörenden Kinder und sonstiger Angehöriger
 - d. Dauer der beruflichen Beschäftigung
 - e. „Schufa“-/Selbstauskunft oder ähnliche Bonitätsauskunft
 - f. Kopie des Personalausweises,
3. zu berichten, inwieweit eine Abstimmung mit dem Hessischen Datenschutzbeauftragten und der Konzernrevision stattgefunden hat,
4. nötigenfalls eine einheitliche, datenschutzkonforme Vorgehensweise zu erarbeiten.

5. **17-V-01-0004** **DL 16/17-1**

Neufassung des Gesellschaftsvertrages der WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co. KG

6. **17-V-20-0007** **DL 15/17-3**

Änderung der Satzung der ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

7. **17-V-20-0012** **DL 16/17-6**

Kapitaleinlage in die TriWiCon

8. Verschiedenes

Nichtöffentliche Beratung:

9. 17-V-20-0009

DL 16/17-1 NÖ

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 4. Quartal 2016

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Volk-Borowski
Vorsitzender